

## Konfliktmineralien

Antragsteller: Jonathan Gauß

Adressaten: Landesdelegiertenkonferenz Jusos Baden-Württemberg,  
Kreisdelegiertenkonferenz SPD Tübingen

übernommen

angenommen

abgelehnt

### ***Die Vollversammlung möge beschließen:***

In allen für den Verkauf in der europäischen Union bestimmten technischen Geräten muss mittelfristig der Nachweis erbracht werden, dass in der Produktionskette an keiner Stelle sog. „Konfliktmineralien“ verwendet wurden. Dafür müssen geeignete Kontroll- und Nachweissysteme geschaffen werden.

Der Kongress der Vereinigten Staaten hat im Artikel 1502 des „Dodd-Frank Act“ bereits Meldepflichten über den Handel mit diesen Mineralien verabschiedet, die zu mehr Transparenz sorgen sollen. Das Europäische Parlament hat die Europäische Kommission am 7. Oktober 2010 dazu aufgefordert, diesem Beispiel zu folgen. Die Jusos, die SPD und die Party of European Socialists sind dazu aufgefordert, diesen Antrag nicht nur zu unterstützen, sondern ein Handelsverbot für unten genannte Stoffe, deren Herkunft nicht offengelegt ist, durchzusetzen.

### ***Begründung:***

Wo wir hinsehen, wo wir uns bewegen – überall sieht man sie: digitale Gadgets. Handys, Smartphones, Laptops, Netbooks begleiten uns durch den Alltag, neue Fernseher zieren unsere Wohnzimmer, GPS-Systeme das Auto. Diese und viele anderen Geräte sind aus unserem Leben kaum noch wegzudenken, sind sie doch praktisch, versprechen uns Informationen und Unterhaltung, sind Statusobjekte und Kultgegenstände.

Kaum jemanden ist es jedoch bewusst, dass in der Produktion dieser Geräte seltene Mineralien zum Einsatz kommen (Kolumbit-Tantalit, Kassiterit, Gold, Wolframit und ihre Derivate). Diese werden derzeit überwiegend in der Demokratischen Republik Kongo und deren Anreinerstaaten (Angola, Burundi, Ruanda, Sambia, Sudan, Tansania, Uganda und der Zentralafrikanischen Republik) geschürft. Der Abbau wird oftmals von Milizen und bewaffneten Gruppen überwacht, die den Gewinn insbesondere für Rüstungsausgaben verwenden. Die Arbeiter, unter ihnen viele Frauen und Kinder, werden wie Sklaven in den Minenanlagen gefangen gehalten und sind in den oft nur provisorisch

befestigten Minen ständigen Gefahren, Willkür und Grausamkeiten ausgesetzt. Der Abbau der Mineralien fördert Konflikte und finanziert den bewaffneten Kampf im Osten der DRK.

Deshalb ist es – ebenso wie etwa beim Abbau von Uran oder Diamanten in Afrika – nicht zu tolerieren, dass multinationale Konzerne und zwangsweise auch die Verbraucher in Europa (denn es gibt derzeit keine garantiert konfliktfreien Mineralien) massive Menschenrechtsverletzungen unterstützen. Es ist Aufgabe der Politik, hier in einem ersten Schritt für Transparenz im Handel zu sorgen. Dies könnte etwa durch eine transparente Zuliefererkette erreicht werden. Alternativ kann die Herkunft der Mineralien in Labortests relativ leicht ermittelt werden. In Europa gehandelte Produkte sollen frei sein von Konfliktmineralien.